



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martin Habersaat und Kerstin Metzner (SPD)

und

Antwort

der Landesregierung – Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung

Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung

Vorbemerkung:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat die Landesregierung im Februar 2019 auf Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP beauftragt, bis zum 1. Quartal 2020, eine Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung für alle Bildungsbereiche im Sinne des UNESCO-Weltaktionsprogramms und des Nationalen Aktionsplans“ zu entwickeln.

1. Teilt die Landesregierung die in der Drucksache 19/1155 vertretene Auffassung, dass das Thema für die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins und den Erhalt des Wohlstandes und unserer natürlichen Lebensgrundlagen eine wichtige Rolle spielt?

Ja.

2. Welche Priorität misst die Landesregierung der Entwicklung einer Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung für alle Bildungsbereiche im Sinne des UNESCO-Weltaktionsprogramms und des Nationalen Aktionsplans“ bei?

Die Landesregierung misst einer Landesstrategie BNE im genannten Sinne eine hohe Priorität bei. Sowohl das UNESCO-Weltaktionsprogramm als auch der Nationale Aktionsplan BNE betonen die Verantwortung auch der regionalen und lokalen

Akteure für eine erfolgreiche Implementierung von BNE in die gesamte Bildungslandschaft. Bildung für nachhaltige Entwicklung kommt auf diese Weise eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der von den Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung zu.

3. Welchen Stand hat die Entwicklung der Landesstrategie, und wann ist mit ihrer Zuleitung an den Landtag zu rechnen?

Derzeit wird die Strategie entlang der Ergebnisse der im Dezember 2020 und Januar 2021 durchgeführten Online-Konsultation finalisiert. Die Zuleitung an den Landtag ist nach Beschlussfassung durch die Landesregierung zur Tagung im Mai 2021 vorgesehen.

4. Welche Prozesse erfolgten bei der Landesregierung von der Beschlussfassung am 15.02.2019 bis zur ersten Aufnahme von Bedarfen und Forderungen von relevanten Akteuren am 29.10.2019?

In dieser Phase wurden vorbereitende Schritte getätigt, wie Abstimmung des Strategieprozesses zwischen den beteiligten Ministerien, Aufbau einer ressortübergreifenden Projektstruktur, erste interne Diskussionen zur inhaltlichen Strukturierung der künftigen Strategie sowie hierauf aufbauend die Planung des oben genannten ersten Stakeholder-Workshops.

5. Wodurch ist der Zeitraum von drei Monaten zwischen Fertigstellung der ausformulierten Strategie am 30.08.2020 und der ersten Kabinettsbefassung am 24.11.2020 zu erklären?

Der Zeitraum von September bis November 2020 wurde für letzte inhaltliche und redaktionelle Konsolidierungen des Entwurfstextes sowie für finale Abstimmungen verwendet.

6. Inwieweit hat die Landesregierung im bisherigen Prozess bei der Strategieentwicklung über zwei Workshops hinaus die Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure, insbesondere der Zivilgesellschaft, der Vertreterinnen und Vertreter der Kreise und Kommunen, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Schulen, der Kindertagesstätten und der außerschulischen Bildungseinrichtungen, sichergestellt?

Eine Beteiligung der oben genannten Akteursgruppen wurde über die beiden Stakeholder-Workshops hinaus im Rahmen einer gut sechswöchigen Online-Konsultationsphase sichergestellt. Die von den beteiligten Ressorts im Vorwege identifizierten Stakeholder erhielten im Rahmen dieser Beteiligung unter anderem die Möglichkeit,

weitere grundlegende Bedarfe einzubringen sowie sich zum konkreten Text des Strategieentwurfs zu äußern.

7. Inwieweit und in welcher Form wurden für die Strategieentwicklung Angebote und Bedarfe auf regionaler und landesweiter Ebene erhoben?

Angebote und Bedarfe wurden über die insgesamt drei Partizipationsformate (zwei Stakeholder-Workshops und eine Online-Konsultation) erhoben.

8. Warum wird auf den Webseiten der Landesregierung der Landtagsbeschluss verfälscht dargestellt? Dort heißt es: „Im Zusammenhang mit dem UNESCO-Weltaktionsprogramm BNE und dem Nationalen Aktionsplan hat der schleswig-holsteinische Landtag beschlossen, dass bis Ende 2020 eine Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung verabschiedet werden soll. In den Prozess sind sowohl die beteiligten Ressorts, als auch die Stakeholder der Bildungsbereiche involviert.“

(<https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/BildungHochschulen/BildungFuerNachhaltigeEntwicklung/bne.html>)

Bei dem zitierten Text handelt es sich um ein redaktionelles Versehen. Der Fehler in der Darstellung wird korrigiert.